

Braunschweiger Volksfreund

Sonntag, 20. Januar 2008

Zeitung der SPD Braunschweig

• Anzeige

Jüttner begeistert zum Wahlkampfauftakt bei Großveranstaltung in Braunschweig

Gerechtigkeit kommt wieder



Wolfgang Jüttner Dietmar Schilff Kirsten Kemper Klaus-Peter Bachmann Kurt Beck

Es war ein grandioser Auftakt zur heißen Wahlkampfphase für die SPD in Niedersachsen. Im überfüllten VIP-Zelt von Eintracht Braunschweig begeisterten Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner und SPD-Parteivorsitzender Kurt Beck das Publikum. Jüttner warb für die Ziele der SPD in Niedersachsen und attackierte Ministerpräsident Christian Wulff scharf. SPD-Parteichef Kurt Beck verurteilte unter anderem das Wahlkampfgetöse Roland Kochs in der aktuellen Debatte um Jugendkriminalität.

Guter Lohn für gute Arbeit

„Wir haben Respekt vor der Arbeitsleistung der Menschen. Leistung muss sich für sie auch lohnen. Dafür ist ein allgemeiner flächendeckender Mindestlohn in der heutigen Zeit die Voraussetzung“, betonte SPD-Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner zu Beginn seiner Rede. Als Beispiel führte er die Situation von Beschäftigten in der niedersächsischen Fleischindustrie an. Sie arbeiten körperlich schwer unter harten Bedingungen für einen Stundenlohn von 4,50 Euro und sind trotzdem auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen. „Erst mit einem Mindestlohn von 7,50 Euro wird das Existenzminimum erreicht. Es darf nicht sein, dass der Steuerzahler hier ein-

springen muss, weil sich Arbeitgeber durch Niedriglöhne Wettbewerbsvorteile verschaffen.“

Er fügte hinzu, dass die SPD weiterhin für Tarifautonomie, Arbeitnehmerrechte und Mitbestimmung kämpfen werde. Anders als von der FDP stets behauptet, seien dabei die Gewerkschaften keine Plage, sondern ein wichtiger Eckpfeiler der sozialen Demokratie.

Mittelstand fördern

Wolfgang Jüttner stellte der Landesregierung auch in der Wirtschaftspolitik ein desaströses Zeugnis aus: „Mittelständische Unternehmen in Niedersachsen leiden unter dieser Regierung. Denn notwendige Fördermaßnahmen blieben aus und Chancen zur Schaffung weiterer Arbeitsplätze wurden vergeben. Mittlerweile leidet das Bundesland unter einer Innovationsschwäche wie kaum ein anderes. Dies wird bei Patentanmeldungen und der sinkenden Zahl der Studenten an Niedersachsens Hochschulen besonders deutlich.“

Gerechte Bildungschancen

Jüttner kündigte an, im Falle der Regierungsübernahme das Erziehungsverbot von Gesamtschulen aufzuheben, die Lernmittelfreiheit wieder einzuführen und die Studiengebühren wieder ab-

zuschaffen. „Wir müssen mit modernen Schulen die Aktivitäten und Potenziale unserer Kinder entschieden fördern. Dabei darf die soziale Herkunft nicht die Aufstiegschancen der Kinder beeinflussen“, so Jüttner. Er betonte, dass für alle Vorschläge der SPD die Finanzierung ohne zusätzliche Schulden für das Land gesichert sei.

Klimaschutz schafft Arbeit

Auch in anderen Politikfeldern bezog Jüttner klare Positionen: „Wir werden den Klimaschutz fördern und dafür sorgen, dass Arbeitsplätze im Bereich erneuerbarer Energien geschaffen werden. Mit uns wird Atomkraft keine Zukunft haben, denn wir wollen einen nachhaltigen Energiemix.“

Bauernfänger Koch

Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck zeigte sich besonders verärgert über die aktuelle Debatte um Jugendkriminalität: „Es macht mich betroffen, wie die Union mit dem Thema umgeht. Niemand hindert uns daran, Straftäter mit aller Härte zu bestrafen und ausländische Straftäter aus dem Land zu weisen. Hessens Ministerpräsident Koch lenkt vielmehr von eigenem Versagen in Hessen ab. In den letzten Jahren hat er 1000

Stellen bei der hessischen Polizei abgebaut, fordert aber jetzt harte Strafen. Das ist nichts anderes als übelste Schaumschlagerei.“ Beck ließ auch kein gutes Haar am Niedersächsischen Ministerpräsidenten: „Wulff verhält sich wie ein Dackel, der Merkel und Koch hinterher rennt.“

Politik mit Rückgrat

Zum Ende betonte SPD-Spitzenkandidat Jüttner, dass Niedersachsen politische Kräfte mit Rückgrat brauche, die sich der Probleme der Menschen im Land annehmen: „Unsere Antworten tun dem Land gut, und wir wollen stärkste Kraft in Niedersachsen werden. Ich will als Ministerpräsident dafür sorgen, dass unser Wahlkampf motto Realität wird: Gerechtigkeit kommt wieder!“ Jüttner erhielt für seine Rede minutenlangen Applaus.

Am 27. Januar:
Wählen gehen!

~~X~~ ~~X~~ SPD

Wir sind dafür:

- Gesetzlicher Mindestlohn
- Kostenlose Schulbücher
- Atomausstieg beschleunigen
- Studieren ohne Gebühren
- Pflegenotstand verhindern
- Gesamtschulen ausbauen
- Polizei und Justiz besser ausstatten

SPD

Gerechtigkeit kommt wieder.

Die CDU ist dagegen.

„Ministerpräsident Wulff ist das personifizierte 0:0 Unentschieden!“

Kurt Beck, Vorsitzender der SPD, beim Wahlkampfauftakt in Braunschweig

Mindestlohn: SPD und Arbeitgeber sind sich einig

Leistung muss sich wieder lohnen

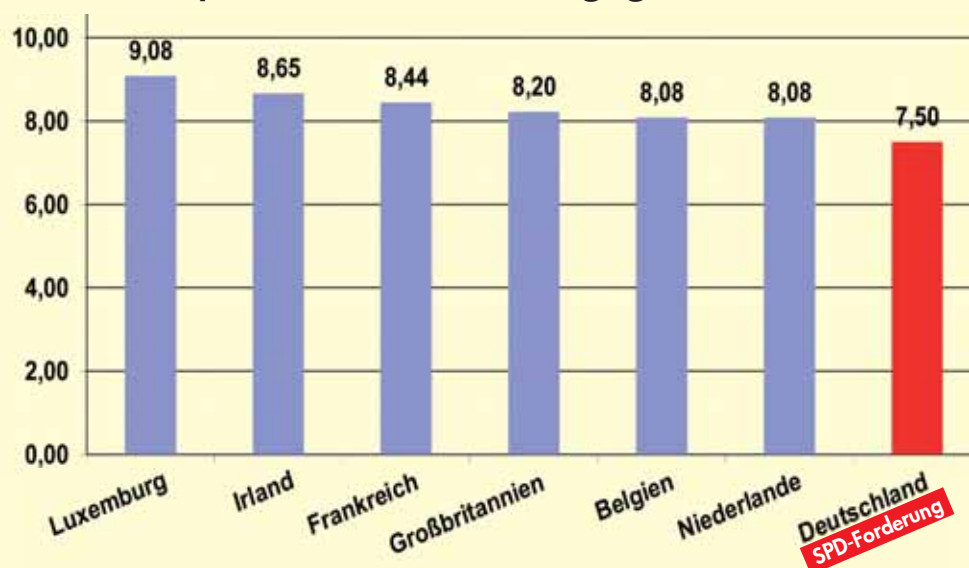
■ Recht haben sie, die Herren Westerwelle und Co. Sie sollen gut verdienen, die Leistungsträger. Die Frage ist nur, wer sind die Leistungsträger, deren schwere Arbeit sich lohnen sollte? Die Manager mit ihren überzogenen Gehältern? Nein! Die SPD denkt beispielsweise an das Verkaufspersonal von Aldi, Lidl und Schlemmer, an das Bewachungsgewerbe, den Gartenbau, die Fleischerzerteiler oder an die Bedienstungen im Gastgewerbe und an die vielen unterbezahlten Leiharbeiter. Deren Leistung muss sich so weit lohnen, dass ihre Familien ohne staatliche Hilfe angemessen existieren können.

Bei Briefzustellern, beim Bau und im Elektrowerk ist dies den Tarifparteien auch ohne gesetz-

liche Regelung gelungen, trotz massiver Widerstände aus CDU und CSU. Mindestlohnvereinbarungen in weiteren Bereichen versuchen die Unionsparteien aber zu verhindern.

Ziel der SPD bleibt: Flächendeckende Mindestlöhne in Deutschland, wie es sie in vielen anderen europäischen Staaten schon gibt.

Gesetzliche Mindestlöhne pro Stunde in einigen europäischen Staaten, angegeben in Euro



Jede Stimme zählt!

Wählen gehen ist Bürgerrecht, aber auch Bürgerpflicht. Wer nicht wählt, verzichtet auf Einfluss und überlässt anderen ohne Not die Verantwortung. Besonders kleine Parteien wie die FDP profitieren von einer Wahlenthaltung. Jede Stimme zählt, bitte gehen Sie wählen!

■ Im Wahlamt täglich wählen

Alle, die am Wahltag nicht in Braunschweig sind, können vorher auch direkt im Wahlamt, Reichsstraße 3, wählen.

Die kommende Woche hat das Wahlamt zu folgenden Zeiten geöffnet:

- ▶ Mo. 9.00 – 18.00 Uhr
- ▶ Di. – Do. 9.00 – 16.30 Uhr
- ▶ Sa. 9.00 – 12.00 Uhr

■ Briefwahl beantragen

Briefwahl kann beantragen, wer am Wahltag „aus besonderen Gründen“ nicht das zuständige Wahllokal aufsuchen kann. Die Briefwahl-Unterlagen müssen rechtzeitig schriftlich oder persönlich im Wahlamt, Reichsstr. 3, angefordert werden.

- ▶ Weitere Infos beim Wahlamt unter 4 70 - 41 14.

■ Fahrdienst zur Wahl

Sie wollen wählen gehen, sind aber schlecht zu Fuß? Da hilft der SPD-Fahrdienst, der Sie am Wahltag von 10-17 Uhr zu Ihrem Wahllokal bringt.

Voranmeldungen sind möglich unter Telefon 4 80-98 21.

- ▶ Am Wahltag erreichen Sie den SPD-Fahrdienst ab 10 Uhr.

Abschaffung der Bezirksregierungen bleibt ein schwerer Fehler

Eine der größten Fehlleistungen der CDU-FDP-Landesregierung ist – auch nach dem Urteil unabhängiger Fachleute – die Abschaffung der Bezirksregierungen

Seit der Verwaltungsreform von 1978 gab es in Niedersachsen vier Regierungsbezirke: Hannover, Lüneburg, Weser-Ems und Braunschweig als „Mittelinstanz“ zwischen den Ministerien und den Landkreisen und kreisfreien Städten. Sie erledigten viele Aufgaben, die sich zentral in einem Flächenland wie Niedersachsen schlecht überblicken lassen.

Allerdings waren die Bezirksregierungen bei der CDU nie so recht beliebt. Einerseits standen sie mit ihrer strikten Orientierung an Planungs- und Haushaltsrecht oft genug Landräten im Wege, die ihren Landkreis gern wie ein Herzogtum führen – bei einer Landrä-

tepartei wie der CDU ein Grund zum Aufbegehren. Andererseits verhinderten sie das parteipolitische Durchregieren bis herunter zur kommunalen Ebene. Denn nur die Regierungspräsidenten selbst waren politische Beamte, die bei Wahlsiegen abgelöst werden konnten. Sonst waren an den wichtigen Stellen Lebenszeitbeamte tätig, denen man nicht einfach parteipolitische Vorgaben machen konnte.

Also beschloss die neue CDU-FDP-Landesregierung, die als lästig empfundenen Bezirksregierungen abzuschaffen, und setzte das mit ihrer komfortablen Landtagsmehrheit gegen alle Vernunft auch durch.

Die behaupteten Einsparungen hat diese „Reform“ bis heute nicht erbracht, denn die Aufgaben müssen nach wie vor erledigt werden. Sie führte allerdings zu erheblichen Einkommens- und Arbeitsplatzverlusten bei den Städten, die vormals Sitz von Bezirksregierungen waren. Während das für Hannover kaum eine Rolle spielte und Lüneburg und Oldenburg durch neue Behördensitze entschädigt wurden, bleibt Braunschweig ein Verlierer dieser Umgestaltung.

Bittere Tatsache bleibt, dass auch die vier Braunschweiger CDU-Landtagsabgeordneten die Entscheidung mitgetragen haben – zum Schaden unserer Stadt.



Das ehrwürdige Gebäude der ehemaligen Bezirksregierung am Ruhfütchenplatz. (Foto: A. Gräbner)

Raubzug in der Stadtkasse

CDU und FDP kürzen Zuschüsse an die Stadt um 10 Millionen Euro

In einem bekannten Lied singt der amerikanische Folksänger Woodie Guthrie darüber, dass man Raubzüge nicht nur mit dem

Teil der Steuereinnahmen des Landes wird an die Städte und Landkreise verteilt. Die Höhe dieser Ausgleichszahlungen richtet

men der Stadt um etwa 10 Millionen Euro verringert – dies ist also ein Raubzug erster Güte.

Um zu verdeutlichen, was das bedeutet: Die Stadt gibt derzeit etwa 10 Millionen Euro im Jahr für Kreditzinsen aus. Also hätte eine Verdoppelung des Schuldenstandes fast die gleichen Auswirkungen gehabt. Oder noch deutlicher: Für Schulsanierungen gibt die Stadt etwa 7 Millionen Euro im Jahr aus. Ohne die Änderung hätte die Stadt bei sonst gleichem Haushalt die Schulsanierungen mehr als verdoppeln können!

Wer nun glaubt, dass die vier Braunschweiger CDU-Landtagsabgeordneten etwa gegen diese Verschlechterung für Braunschweig gekämpft hätten, hat sich getäuscht: Selbstverständlich stimmten sie alle der Änderung des Finanzausgleichs zu. In ihren „Leistungsbilanzen“ wird diese Fehlleistung allerdings schamhaft verschwiegen. Sie bauen eben darauf, dass die Wähler die Feinheiten des Haushaltsrechtes nicht kennen. Leider scheint auch die örtliche Presse die Sache nicht für so wichtig zu halten – bedauerlich für unsere Stadt.



Politik zum Schaden der Stadt: Das ist die Handschrift der Braunschweiger Abgeordneten von CDU und FDP. (Foto: A. Gräbner)

Revolver, sondern auch mit dem Füllfederhalter durchführen kann. Manchmal geht es noch einfacher: zum Beispiel durch Handaufheben bei der Abstimmung über Gesetze.

Ein Beispiel dafür ist die Umgestaltung des Gemeindefinanzausgleichs in Niedersachsen. Um die Unterschiede in der Finanzkraft der Gebietskörperschaften auszugleichen, gibt es in Niedersachsen wie in allen Bundesländern diesen Finanzausgleich: Ein

sich nach deren Finanzlage und dem Umfang der zu erledigenden Aufgaben – zumindest sollte es so sein. Der genaue Verteilungsschlüssel wird in einem Gesetz vom Landtag festgelegt, unterliegt also auch politischen Überlegungen.

Diese Überlegungen sind bei CDU und FDP recht einfach: Diese Parteien fühlen sich traditionsgemäß den Landkreisen mehr verpflichtet als den Städten. Also änderten sie ab 2007 den Verteilerschlüssel einseitig zu Gunsten der Landkreise und zu Lasten der Städte. Weil sich das durch den Umfang der Aufgaben oder durch die Finanzlage nicht rechtfertigen ließ, wurde einfach ein Flächenfaktor in den Verteilungsschlüssel aufgenommen. Da die Landkreise flächengrößer sind als die Städte, ging das einseitig zu deren Gunsten aus.

Die Auswirkung auf die Stadt Braunschweig ist dramatisch: Mit diesem Gesetz haben die CDU/FDP-Abgeordneten die Einnah-

Polizeireform zum Schaden der Stadt

Das ist Politik von CDU und FDP: 100 weniger Polizisten

Wer kennt nicht die alte Spruchweisheit: Aller guten Dinge sind drei. Bezogen auf die Landespolitik gilt für Braunschweig: Aller schlechten Dinge sind vier. Eine weitere Benachteiligung Braunschweigs findet sich nämlich bei der so genannten Polizeistrukturreform. Worum geht es hier?

Zu den Wahlversprechen der CDU vor der Landtagswahl 2003 gehört auch das Thema „Innere Sicherheit“. So versprachen ihre Landespolitiker, mehr Sicherheit durch mehr Polizisten zu schaffen. Aber nach der Wahl sollte die Einlösung dieses Versprechens kein Geld kosten. Und weil es keine Polizisten gibt, die bereit sind, zum Nulltarif zu arbeiten, behalf man sich mit einem Trick: Die Polizei wurden im Lande neu verteilt. In den ländlichen Regionen um Osnabrück und im Bereich Weser-Ems wurden mehr Polizisten eingesetzt, dafür wurden sie in den Großstädten Braunschweig und Hannover abgezogen: Auch hier wieder die unter CDU und FDP übliche Benachteiligung der Städte zu Gunsten des ländlichen Raumes. Das alles



Nur noch Polizeistation mit geringer Personalstärke: Das ehemalige Polizeikommissariat im Heidberg. (Foto: A. Gräbner)

ohne Rücksicht darauf, dass die Kriminalität auf den Dörfern, wo jeder jeden kennt, natürlich kleiner ist als in den Ballungszentren Braunschweig und Hannover.

Konkrete Auswirkung in Braunschweig: Die Polizeikommissariate Heidberg und Querum wurden zu Polizeistationen zurückgestuft und die Zahl ihrer Dienstkräfte auf die Hälfte verringert. Während vor der „Reform“ ständig mehrere Streifenwagen gleichzeitig im Einsatz sein konnten, ist das jetzt nur noch in der Früh- und der Spätschicht möglich. Bei hohem Krankenstand

oder bei personalintensiven Sondereinsätzen – Fußball, Demonstrationen – geht nicht einmal das mehr.

So sieht es mit dem Wahlversprechen auf mehr Sicherheit wirklich aus! Und das Schöne für die Landesregierung dabei ist: Die Polizisten dürfen nicht einmal darüber reden, denn sie sind über dienstliche Belange zur Verschwiegenheit verpflichtet. So kann Innenminister Schünemann (CDU) weiter behaupten, bei der Polizei sei alles bestens. So einfach ist das!

Fachhochschule verlässt Braunschweig

Studiengebühren und Studienplatzabbau mit CDU und FDP

Damit wird es bald ein Ende haben. Aufgrund der verfehlten Hochschulpolitik des Landes Niedersachsen, das überall Studi-

schon lange gewünschten Umzug der Abteilung Sozialwesen der Fachhochschule nach Wolfenbüttel durchzusetzen. Die Stadt Wol-

Kultusministerium in Hannover gibt seinen Segen dazu. Und in Braunschweig geht eine weitere traditionelle Einrichtung verloren. Zum Heulen.

So gibt es zwei Gewinner: die Stadt Wolfenbüttel, die ihre Fachhochschule bald für sich allein hat, und das Land Niedersachsen, das in das Fachhochschulgebäude in Braunschweig nicht mehr investieren muss. Verlierer ist die Stadt, die mittelfristig Arbeitsplätze, Studienplätze und Einwohner verliert. Für jeden Wirtschaftsbetrieb mit gleich hoher Bedeutung für die Wirtschaftskraft würden sich Stadtverwaltung und Kultusministerium ein Bein ausreißen. Und Verlierer ist auch die junge Generation, der weitere wichtige Ausbildungsplätze verloren gehen. Die junge Generation hat offensichtlich keine Lobby in der Landesregierung und im Rathaus.



Schließt bald in Braunschweig: Der Fachbereich Sozialwesen der Fachhochschule Braunschweig-Wolfenbüttel. (Foto: A. Gräbner)

enplätze abbaut, wird der Fachbereich von gegenwärtig 1300 Studierenden auf 800 Studierende verringert – Anlass für die Leitung der Fachhochschule, den

Wolfenbüttel vergibt zu günstigen Konditionen ein ehemaliges Kasernengebäude zur Unterbringung, die Stadtverwaltung in Braunschweig schläft, und das

Impressum

Braunschweiger Volksfreund

Herausgeber: SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schlossstraße 8, 38100 Braunschweig

Redaktion:

Detlef Kühn (VidP), Alexander Gräbner, Sigrid Herrmann, Manfred Pesditschek, Matthias Stoffregen

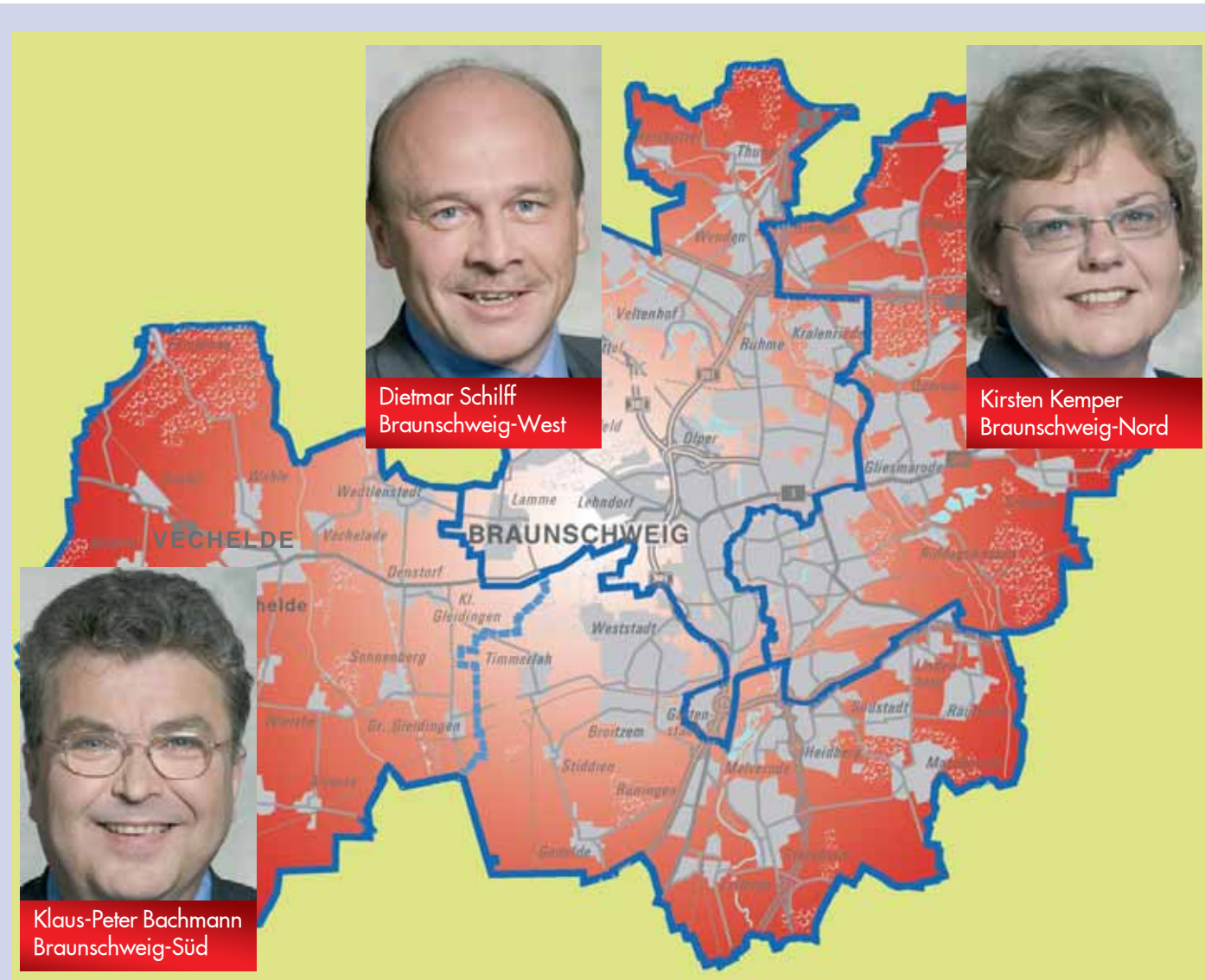
Druck: Braunschweig Druck

Erscheinungsweise: unregelmäßig, Auflage: 153.000 Exemplare

Spendenkonto

SPD-Braunschweig
SEB, BLZ 270 101 11
Konto 1006001200





Dietmar Schilff
Braunschweig-West

Kirsten Kemper
Braunschweig-Nord

Klaus-Peter Bachmann
Braunschweig-Süd

■ Noch unter SPD-Ministerpräsident Sigmar Gabriel hatte der Landtag beschlossen, die Zahl seiner gesetzlichen Mitglieder ab 2008 von 155 auf 135 zu verringern. Dies hatte zur Folge, dass die Wahlkreise, die Abgeordnete in den Landtag entsenden, neu zugeschnitten werden mussten. Hatte Braunschweig bisher vier Landtagswahlkreise, so sind es jetzt nur noch drei.

Die Grafik zeigt die neuen Braunschweiger Landtagswahlkreise. Der Wahlkreis 1 ist Braunschweig-Nord, der Wahlkreis 2 heißt Braunschweig-Süd und umfasst auch die Samtgemeinde Vechelde. Der Wahlkreis 3 ist Braunschweig-West.

Drei für Braunschweig

■ Kirsten Kemper BS-Nord (Wahlkreis 1)

Kirsten Kemper (46 Jahre) ist in Braunschweig geboren und aufgewachsen. Die gelernte Diplom-Pädagogin hatte seit 1990 Leitungsfunktionen in sozialen Einrichtungen inne. Zuletzt war sie Geschäftsführerin der Gesellschaft für soziale Einrichtungen des DRK Landesverbandes Niedersachsen gGmbH in Hannover. „Ich will die soziale Kälte in Niedersachsen stoppen. Meine Partei und ich stehen für Lernmittelfreiheit, für die Abschaffung von Studiengebühren, für die frühere Regelung des Blindengeldes. Alle jungen Menschen haben ein Anrecht auf bestmögliche Bildung.“

Internet: kirsten-kemper.de

■ Klaus-Peter Bachmann BS-Süd (Wahlkreis 2)

Klaus-Peter Bachmann (56 Jahre) ist seit 1994 Landtagsabgeordneter. Der ehemalige Bezirksgeschäftsführer der AWO hat seine Schwerpunkte in der Sozialpolitik und in der Innenpolitik. „In regelmäßigen Sprechstunden und Informationsveranstaltungen habe ich den ständigen Dialog mit den Menschen geführt und weiß daher, wo der Schuh drückt. Regelmäßig fahre ich seit Jahren Schichten und Nachtdienste bei Polizei, Berufsfeuerwehr und Rettungsdienst mit, weil mich besonders die Sicherheitslage unserer Stadt und der Erfahrungsschatz der Beamten an der Basis interessiert.“

Internet: www.klaus-peter-bachmann.de

■ Dietmar Schilff BS-West (Wahlkreis 3)

Dietmar Schilff (45 Jahre) ist verheiratet und Polizeihauptkommissar. Der gebürtige Braunschweiger ist seit 1995 stellvertretender Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei im DGB und freigestelltes Mitglied im Polizeihauptpersonalrat beim Nds. Ministerium für Inneres und Sport in Hannover. „Meine Erfahrungen in der Gewerkschafts- und Personalratsarbeit zeigen, dass man Streiter in der Politik haben muss, um etwas verändern zu können. Ich werde als Abgeordneter insbesondere die Interessen der Menschen meines Wahlkreises sowie die Interessen aller Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger vertreten. Ich versuche außerdem, meine politischen Ziele und Schwerpunkte umzusetzen.“

Internet: www.dietmar-schilff.de

Dietmar Schilff:

Mit neuem VW-Gesetz Einfluss des Landes sichern

■ Der Europäische Gerichtshof hat Teile des VW-Gesetzes gekippt. Damit verliert das Land Niedersachsen einen Teil seines Einflusses auf Unternehmensentscheidungen. Zukünftig wird Porsche als größter Anteilseigner im VW-Konzern die Richtung vorgeben. Dabei könnten die Interessen der Beschäftigten weniger im Vordergrund stehen als die Rendite-Zahlen.

Schlimmer noch: Teile der CDU/FDP-Fraktionen im Landtag würden sogar lieber die VW-Aktienanteile des Landes verschern und machen keinen Hehl daraus, wie wenig ihnen die Sicherheit der Arbeitsplätze bei

VW in unserer Region bedeuten. Die Braunschweiger SPD unterstützt dagegen Wolfgang Jüttner und die SPD-Landtagsfraktion im Kampf um eine Novellierung des VW-Gesetzes.

Das VW-Gesetz muss an europäisches Recht angepasst werden, um folgende Sachverhalte für die Arbeitnehmer von VW zu sichern: Entscheidungen im Aufsichtsrat des Konzerns über die Errichtung und die Verlegung von Produktionsstätten dürfen nicht gegen den Willen der Arbeitnehmervertreter vorgenommen werden. Zudem muss die Landesregierung bei einem novellierten VW-Gesetz ein Mandat im Auf-

sichtsrat behalten. Der Konzernsitz als Entscheidungszentrale des Unternehmens muss weiterhin im Land Niedersachsen bleiben. Außerdem müssen Spielräume optimal ausgenutzt werden, um einen umfassenden Schutz der Rechte der Arbeitnehmer – insbesondere mit Blick auf die Mitbestimmungsregelungen – zu erhalten.

Darüber hinaus sollte der Aktienanteil des Landes von 20 auf 25 Prozent aufgestockt werden, damit das Land Niedersachsen wieder eine Sperrminorität geltend machen kann und ein Mindesteinfluss des Landes auf diesen wichtigen Arbeitgeber in Niedersachsen gesichert wird.

Schlechtes Zeugnis vom Oberbürgermeister für die CDU-Abgeordneten der Stadt

■ Nach Meinung von CDU-Oberbürgermeister Gerd Hoffmann in der letzten Ratsdebatte ist es kaum noch möglich, Braunschweiger Interessen in Hannover durchzusetzen, weil keiner mehr da ist, der das unterstützt. Die Möglichkeiten einer Stadt hängen aber sehr davon ab, wie stark man in Hannover vertreten ist!

Bachmann für neue Gesamtschulen

CDU diffamiert Gesamtschulen und entlarvt Wulffs Täuschungsmanöver

■ Im von der CDU/FDP-Mehrheit im Landtag beschlossenen Schulgesetz steht seit 2003 in §12 der Satz: „Neue Gesamtschulen dürfen nicht errichtet werden“. Damit haben sich diese Parteien über massive Elternproteste hinweg gesetzt und den Weg zurück in die Klassengesellschaft der Kaiserzeit angetreten. Diese Entwicklung geht selbst dem Bundespräsidenten Horst Köhler gegen den Strich. Anlässlich eines Festaktes der Gesamtschule Bonn-Beuel sagte er: „Die Gesamtschule schert die Schülerinnen und Schüler nicht alle über einen Kamm, sondern akzeptiert die Unterschiede, sie versucht ihnen gerecht zu werden, ohne die Gemeinschaft der Schülerinnen und Schüler zu sprengen. Diese Schule lebt von der Überzeugung, dass Schüler in der Schule eine Gemeinschaft bilden, auch wenn sie sich verschiedenartig entwickeln und spezialisieren.“

Der Volksfreund unterhielt sich mit Klaus-Peter Bachmann, MdL, über dieses Thema.

Volksfreund: Herr Bachmann, auch Sie sind für neue Gesamtschulen. Können Sie als Landtagsabgeordneter helfen, in Braunschweig die notwendige vierte Gesamtschule zu schaffen?

Bachmann: Über die Einrichtung von Schulen und Schulformen sowie die Bereitstellung von Lehrkräften in Niedersachsen haben die Landesregierung und über die Ge-

setze der Landtag zu entscheiden. Die Stadt ist „nur“ für Gebäude und Ausstattungen zuständig.

Weshalb konnten 2007 in Braunschweig mehr als 300 Schüler nicht an Gesamtschulen aufgenommen werden?

Das gilt nicht nur für Braunschweig. In Niedersachsen fehlen in diesem Schuljahr rund 2300 Gesamtschulplätze. Obwohl viele Eltern mehr Gesamtschulen erhoffen, bekämpfen CDU und die Landesregierung mit allen Mitteln diese Schulform.

Der Ministerpräsident hat aber neue Gesamtschulen in Aussicht gestellt.

Die großspurigen Versprechen des Ministerpräsidenten, für mehr Gesamtschulen zu sorgen, sind lediglich ein Täuschungsmanöver im Wahlkampf. Die CDU hat in einer Landtagssitzung am 12. Dezember ihr wahres Gesicht gezeigt und die bereits bestehenden Gesamtschulen scharf angegriffen sowie die Effektivität ihrer Arbeit in Frage gestellt. Die Diffamierung der Gesamtschulen ist so lächerlich wie unglaubwürdig, da nach der Braunschweiger Gesamtschule Franzches Feld gerade in diesem Jahr eine weitere niedersächsische Gesamtschule den Deutschen Schulpreis erhalten hat. Es ist die Robert-Bosch-Gesamtschule in Hildesheim.

Handelt die CDU/FDP-Regierung gegen den Willen großer Teile

der Bevölkerung?

Wenn es die CDU und ihr Minister Busemann wirklich ernst meinen würden mit dem Wohl der Kinder und dem Elternwillen, würden sie nicht länger neue Gesamtschulen per Gesetz verbieten. Die SPD-Fraktion hatte im Landtag beantragt, das Errichtungsverbot für Gesamtschulen endlich aufzugeben. Es wäre ohne großen Aufwand möglich gewesen, die von tausenden Eltern im Land geforderten neuen Gesamtschulen noch zum nächsten Schuljahr zu ermöglichen. Leider lehnt die CDU aus rational nicht verständlichen Gründen die Gesamtschulen weiterhin ab und fällt damit sogar ihrem Ministerpräsidenten in den Rücken.

Was wird die SPD, wenn sie am 27. Januar die Wahlen gewinnt, an dieser unbefriedigenden Situation ändern? Kann man dann für das kommende Schuljahr mit neuen Gesamtschulen rechnen?

Frühestens im April-Plenum 2008 können wir die erforderliche Gesetzesänderung einleiten. Das dürfte für ein Inkrafttreten zum neuen Schuljahresbeginn nicht mehr ausreichen. Aber für 2009 könnten wir es schaffen. Das ist der feste Wille der SPD-Landtagsfraktion und der Regierungsmannschaft unter Wolfgang Jüttner, und darin besteht auch Einigkeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).

Frühestens im April-Plenum 2008 können wir die erforderliche Gesetzesänderung einleiten. Das dürfte für ein Inkrafttreten zum neuen Schuljahresbeginn nicht mehr ausreichen. Aber für 2009 könnten wir es schaffen. Das ist der feste Wille der SPD-Landtagsfraktion und der Regierungsmannschaft unter Wolfgang Jüttner, und darin besteht auch Einigkeit mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW).



■ Der Braunschweiger SPD-Landtagsabgeordnete Klaus-Peter Bachmann wird erneut als Pate für eine Bildungs-Matinee des Bundesumweltministeriums im Braunschweiger CinemaxX tätig sein. Der dort gezeigte Film „unsere Erde“ ist eine ungewöhnliche und beeindruckende Naturdokumentation, die über fünf Jahre an mehr als 200 Drehorten rund um den Globus geschaffen wurde. Der Film enthält noch nie gesehene Luft- und Tieraufnahmen, die ein Bewusstsein für die Gefährdung unseres Heimatplaneten schaffen.

Bachmann war schon für zwei derartige Veranstaltungen als Pate tätig. Darunter auch für den Film „Eine unbequeme Wahrheit“ des Friedensnobelpreisträgers Al Gore.

Termin: 27. Januar um 11.00 Uhr im CinemaxX

Gerechtigkeit in der Bildungspolitik

Der SPD-Landtagskandidat Dietmar Schilff moderierte im Mehrgenerationenhaus, Hugo-Luther-Straße, eine Podiumsdiskussion zum Thema Bildungspolitik, die der Stadtteilvorsitzende der SPD Jörg Hitzmann organisiert hatte. Kompetente Gesprächspartner waren unter anderen Renate Hendricks, Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft, und Leonie Peters, eine Schülersprecherin von der mit dem Deutschen Schulpreis ausgezeichneten Gesamtschule Franzisches Feld.

Auf gezielte Fragen Schilffs berichtete Leonie von der guten Atmosphäre und den vielfachen Gründen der guten Ergebnisse ihrer Schule. Und wenn es noch ei-



Dietmar Schilff mit Leonie Peters

(Foto: A. Gräbner)

nes Beweises für die Leistungsfähigkeit von Gesamtschulen bedürft hätte, so waren es die gedankliche

Klarheit und die bewundernswerte Sprachkompetenz dieser Schülerin der elften Klasse.

Es gibt mehr Selbständige und Handwerker in der SPD, als die gesamte FDP Mitglieder hat.

(Johannes Rau, ehemaliger Bundespräsident)

Aus unseren Kindern soll was werden!

- ▶ Kostenlose Schulbücher
- ▶ Ganztagschulen ausbauen
- ▶ 100% guter Unterricht

Durchsichtige Täuschungsmanöver bei Haushaltsberatungen

Offensichtlich hatte die SPD mit ihrem Antrag zur Schulsanierung CDU und FDP bei einem schwachen Punkt getroffen: In der Dezembersitzung des Rates der Stadt ging es bei der Verabschiedung des Haushaltes für das Jahr 2008 hoch her.

Im Jahr 2007 hatte die Stadt aufgrund der guten wirtschaftlichen Entwicklung Mehreinnahmen von über 15 Millionen Euro erzielt. Diese Gelder könnten in voller Höhe für bisher nicht vorgesehene Ausgaben verwendet werden. Daher beantragte die SPD, Mittel in Höhe von 7 Millionen Euro zusätzlich für Schulsanierungen auszugeben. Wie nämlich ein Bericht des Fachbereichs Hochbau zeigt, besteht bei den öffentlichen Gebäuden der Stadt ein Sanierungsbedarf von über 200 Millionen Euro. Mit den beantragten Mitteln könnten beispielsweise ein Großteil der über 40 Jahre alten Fenster in den Schulgebäuden erneuert werden – eine Investition, die nicht nur die Sicherheit erhöht, sondern

auch durch die verbesserte Wärmedämmung moderner Fenster erheblich zur Energieeinsparung beitragen würde. Es wäre also ein Gebot der Vernunft gewesen, so zu verfahren. Dennoch lehnte die Ratsmehrheit diesen Antrag ab. Die Begründung war teilweise abenteuerlich.

So behauptete Ratsherrin Juliane Lehmann (FDP), es sei sinnvoller, mit den Mehreinnahmen Schulden zurückzuzahlen, statt sie in die Gebäudesanierung zu stecken. Das ist nicht nachvollziehbar, denn Bund und Länder weisen auf die Notwendigkeit der Energieeinsparung hin, verpflichten alle Hauseigentümer zur verbesserten Wärmeisolierung und stellen dafür Kredite zur Verfügung. Das müsste also auch für den Eigentümer Stadt Braunschweig gelten. Außerdem ist es schlicht unwahr, dass die Stadt mit den fraglichen Millionen Schulden zurückzahlt. Das Geld kommt nämlich in die Rücklage, also sozusagen in den Sparstrumpf. Als Mitglied im Finanz-

ausschuss des Rates weiß das auch Frau Lehmann. Aber das schlechte Gewissen war wohl stärker als die Wahrheitsliebe.

Den Vogel schoss allerdings Ratsherr Carsten Müller ab. Der Ratsherr und Bundestagsabgeordnete der CDU behauptete schlicht, dass es erst seit 2002, dem Beginn der Amtszeit von CDU-Oberbürgermeister Dr. Hoffmann, in Braunschweig Schulsanierungsprogramme gebe. Das ist ebenfalls unwahr, wie auch der langjährige Ratsherr Müller weiß, wenn er auch im Jahre 1976 noch nicht dem Rat angehörte, als die SPD das erste Schulsanierungsprogramm auflegte. Seitdem wurden in jedem Jahr erhebliche Finanzmittel in die Schulsanierung gesteckt, auch vor Dr. Hoffmann. Das ist Herrn Müller als ehemaligen finanzpolitischen Sprecher der CDU bekannt.

Wie nennt man eigentlich Leute, die bewusst die Unwahrheit verbreiten?

Mit CDU und FDP gibt es keine vierte Gesamtschule in Braunschweig

Jahrelang haben CDU und FDP die Gesamtschule bekämpft – trotz der unbestreitbaren Erfolge dieser Schulform und obwohl immer mehr Eltern ihre Kinder auf eine Gesamtschule schicken wollen. Und damit nicht etwa Städte oder Landkreise sich für die Einrichtung neuer Gesamtschulen entscheiden, änderten sie das Niedersächsische Schulgesetz und bauten darin ein Errichtungsverbot für neue Gesamtschulen ein.

Doch jetzt – vor der Landtagswahl – hört man es auf einmal anders. So können sich diese Parteien angeblich die Gründung neuer Gesamtschulen dort vorstellen, wo die Eltern es wollen. Das gilt zum Beispiel in Braunschweig, wo es für die 400 Gesamtschulplätze in diesem Jahr 700 Anmeldungen gab. Auf der

Internetseite der Braunschweiger FDP kann man nachlesen, dass sich die FDP für eine vierte Gesamtschule in unserer Stadt einsetzt. So schreibt ihr Kreisvorsitzender Dr. Gauger am 19. September 2007, dass nichts gegen die Neugründung einer weiteren Integrierten Gesamtschule in Braunschweig spreche. Und Ratsherrin Juliane Lehmann, Mitglied im Schulausschuss, meinte am 16. Oktober unter der Überschrift „FDP befürwortet 4. IGS“, dass man in Braunschweig dem Elternwillen zur Errichtung einer weiteren Integrierten Gesamtschule nachkommen müsse.

Aber so war es wohl doch nicht gemeint, denn in der Dezembersitzung des Rates der Stadt lehnte die CDU-FDP-Mehrheit alle Anträge auf Errichtung einer weiteren Gesamtschule ab. Von der

CDU war wohl auch nichts anderes zu erwarten. Interessant war – wieder einmal – das Kunststück, mit dem Frau Lehmann für die FDP ihre Ablehnung begründete. Erst müsse der Landtag das Errichtungsverbot aus dem Schulgesetz streichen. Dabei verschwieg sie schamhaft, dass die CDU-FDP-Mehrheit im Landtag erst wenige Tage vorher einen entsprechenden Gesetzentwurf der SPD abgelehnt hatte. Es ist schon eindrucksvoll, wie es diese Partei immer wieder schafft, gleichzeitig eine Sache und ihr Gegenteil zu vertreten.

Die Beiträge der FDP für eine Gesamtschule stehen übrigens nach wie vor im Internet, eine Begründung für das Abstimmungsverhalten im Rat allerdings nicht.

Kirsten Kemper:

Respekt und Schutz für die Menschen

Kirsten Kemper, die SPD-Landtagskandidatin im Wahlkreis Nord, war viele Jahre in leitender Position für einen Wohlfahrtsverband tätig. Durch diese berufliche Erfahrung weiß sie, wie verheerend sich die Politik der CDU/FDP-Landesregierung auswirkt, die innerhalb von zwei Jahren die Mittel der Wohlfahrtsverbände um 25 % gekürzt hat. Und die Streichung von Zuschüssen für die Pflege machte 12000 Menschen von der Sozialhilfe abhängig.

Diese Sparpolitik trifft die älteren Menschen, die ein Recht auf ein würdiges Leben und gute Betreuung haben. Die Lebensleistung dieser Generation verdient Respekt und Anerkennung.

Schutz und Anerkennung brauchen auch die Arbeitnehmer im Pflegebereich, die schwere körperliche und seelisch belastende Arbeit leisten. Ihnen steht eine angemessene Bezahlung zu. Darum unterstützt Kirsten Kemper die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn – auch für diese Branche.

Die Probleme der Kinder liegen der SPD-Kandidatin am Herzen:

„Die steigende Kinderarmut und die ungleichen Bildungschancen finde ich unerträglich. In Niedersachsen leben über 200000 Kinder in Armut. Das Wohl der Kinder muss stärker in den Mittelpunkt gerückt werden. Darum unterstütze ich die Forderung, die Rechte der Kinder in die Verfassung aufzunehmen. Ziel ist: gleiche Chancen unabhängig von der sozialen Herkunft für alle Kinder.“

Die Veränderungen im Schulsystem, die die derzeitige Landesregierung durchgeführt hat, sind völlig verfehlt. Heute werden Grundschüler wieder wie in früheren Zeiten bereits mit zehn Jahren den weiterführenden Schulen zugeordnet, obwohl viele Kinder sich erst später entwickeln. Kirsten Kemper hat eigene leidvolle



Foto: M. Stoffregen

Erfahrungen mit der frühen Trennung der Kinder im dreigliedrigen Schulsystem gemacht, wie es auch zu ihrer Schulzeit üblich war.

Als Landtagsabgeordnete wird sich Kirsten Kemper dafür einsetzen, dass in Niedersachsen soziale Gerechtigkeit für alle Altersgruppen wieder im Vordergrund steht.

Braunschweig braucht starke Abgeordnete, darum **Erststimme für:**



Dietmar Schilff

... in Braunschweig-West



Kirsten Kemper

... in Braunschweig-Nord



Klaus-Peter Bachmann

... in Braunschweig-Süd

am 27.01.



Gerechtigkeit kommt wieder!